

# SPD ist der treibende Motor gegen CCS

Zum Leserbrief „Worthülsen statt Stellungnahme“ in der Volksstimme vom 18. November.

Mit großem Interesse habe ich die Leserpost von Herrn Professor Schülke von der BI „Gegen das Steinkohlekraftwerk“ zur Energiekonferenz der SPD Sachsen-Anhalt gelesen. Herr Prof. Schülke kritisiert die Argumente der im Volksstimmeartikel zitierten Verantwortlichen der MIBRAG GmbH und der Gewerkschaft IG BCE zum Thema CCS.

Als Vorsitzender des Landesfachausschusses Energie und Verantwortlicher für die Konferenz ist es mir wichtig darauf hinzuweisen, dass es das Ziel der Energiekonferenz war, mit Vertretern aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik die ganze Bandbreite der Energieversorgung in Sachsen-Anhalt zu diskutieren. Gerade diese Bandbreite und die damit verbundenen Interessensunterschiede haben die Energiekonferenz am Ende zu einem sehr lebendigen Diskussionsforum mit über 110 Teilnehmern werden lassen. Auch Dank der Beiträge der Bürgerinitiative „Kein CO<sub>2</sub>-Endlager Altmark“ und der BI „Gegen das Steinkohlekraftwerk Arneburg“. Danke dafür.

Jedoch muss ich Herrn Prof. Schülke klar widersprechen, wenn er behauptet, dass die SPD keine klare Stellung zur Energiepolitik bezieht. Gerade er und die BI müssten dies eigentlich besser wissen. Schließlich haben er und Vertreter der BI „Gegen das Steinkohlekraftwerk Arneburg“ in diesem Jahr schon an einigen Veranstaltungen des SPD-Fachausschusses Energie teilgenommen. Auch deshalb müsste bekannt sein, dass die SPD der treibende Motor dafür war,

dass CCS aus dem Landesentwicklungsplan gestrichen wurde. Zudem hat die SPD vor wenigen Wochen in Sachen Energie gemeinsam mit dem BUND Sachsen-Anhalt die Unterschriftenkampagne „Arbeit statt Kernkraft!“ gestartet (die Volksstimme berichtete auf Seite 1). Ziel ist es, gegen den Geheimdeal der Bundesregierung mit den Atomkonzernen Flagge zu zeigen, für den Erhalt und Ausbau der über 20 000 direkten und indirekten Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energie in Sachsen-Anhalt.

Schließlich möchte ich auch auf das Landtagswahlprogramm verweisen, in dem die Forderung der SPD für eine nachhaltige energiepolitische Entwicklung unseres Landes mit ganz konkreten Schritten für den Ausbau von erneuerbarer Energie verbunden ist (zum Beispiel 50 Prozent Strom und Wärme bis 2035, vier Erneuerbare-Energie-Regionen oder Aufbau einer Energieagentur).

Herr Prof. Schülke erwartet zu Recht Positionierungen zur Energie der Zukunft. Schließlich wird die zukünftige Energieversorgung eine der Schlüsselfragen für die Entwicklung der Altmark und des gesamten Landes.

**Marko Mühlstein (SPD),  
Stendal**

Redaktioneller Hinweis:  
Leserbriefe geben die Meinung des jeweiligen Autors wieder und müssen nicht mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich vor, Leserzuschriften sinnwahrend zu kürzen.